

## Wintersession 2018 Sessionsrückblick - 2. Woche



### Revision CO2-Gesetz

Die Schweiz soll ihre Treibhausgasemissionen weiter senken. Der Nationalrat ist im Grundsatz damit einverstanden: Er ist am Montagabend auf die Revision des CO2-Gesetzes eingetreten. Mit 125 zu 62 Stimmen lehnte der Rat den Nicht-Eintretensantrag der SVP ab. Am Dienstag wird er über Ziele und Massnahmen entscheiden. Mit der Totalrevision des CO2-Gesetzes will der Bundesrat die Verpflichtungen aus dem Klimaabkommen von Paris erfüllen und die Klimapolitik nach 2020 festlegen. Geht es nach dem Bundesrat, soll die Schweiz die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent unter das Niveau von 1990 senken. Die Reduktion soll zu mindestens 60 Prozent durch Massnahmen im Inland erreicht werden.

### Gleichstellung – neue Regulierung für grosse Firmen

Grosse Unternehmen müssen künftig prüfen, ob sie Männern und Frauen gleich viel zahlen. Der Nationalrat hat beim revidierten Gleichstellungsgesetz die letzte Differenz ausgeräumt. Die Vorlage ist damit bereit für die Schlussabstimmungen am Ende der Session. Zuletzt war noch umstritten, ab welcher Schwelle die Pflicht zur Lohnanalyse gelten soll. Die Räte haben sich nun darauf geeinigt, Unternehmen ab 100 Beschäftigten zu verpflichten. Lernende werden nicht angerechnet. Der Nationalrat folgte mit 99 zu 88 Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Ständerat. Mit der beschlossenen Schwelle müssen 0,9 Prozent der Unternehmen Lohnanalysen durchführen. Diese beschäftigen 46 Prozent der Arbeitnehmenden.

### Verschärfung der Anti-Rassismus-Strafnorm

Die Anti-Rassismus-Strafnorm stellt künftig auch Aufrufe zu Hass und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung unter Strafe. Damit stärkt das Parlament den Schutz von homo- und bisexuellen Personen. Der Nationalrat hat die Änderung des Strafgesetzbuches mit 107 zu 77 Stimmen bei 6 Enthaltungen bereinigt. Umstritten war zuletzt noch, ob auch Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität unter Strafe gestellt werden sollte. Damit sollten trans- oder intergeschlechtliche Menschen geschützt werden. Der Nationalrat hatte sich zunächst dafür ausgesprochen, der Ständerat war aber dagegen. Nun hat die grosse Kammer eingelenkt.

### Revision CO2-Gesetz - Fortsetzung

Die Schweiz soll die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent unter das Niveau von 1990 senken. Das hat der Nationalrat am Dienstag bei der Beratung des CO2-Gesetzes beschlossen. Er folgte beim Ziel dem Bundesrat. Anders als der Bundesrat will der Nationalrat aber ermöglichen, dass die Reduktion zu grossen Teilen durch den Kauf von Emissionszertifikaten im Ausland erfolgen kann. Mit 97 zu 95 Stimmen bei einer Enthaltung beschloss er, keinen Inlandanteil im Gesetz zu verankern. SVP und FDP konnten ihre knappe Mehrheit im Rat ausspielen, auch dank zwei Absenzen und zwei Abwechslern in den Reihen der CVP. In anderen Punkten konnten sie sich ebenfalls durchsetzen. Die Beratungen gehen am nächsten Montag weiter.

### Bundesversammlung wählt zwei Frauen in den Bundesrat

Es ist ein historischer Tag für die Frauen. Die Bundesversammlung hat am Mittwoch erstmals zwei Bundesrätinnen gleichzeitig gewählt. Mit Viola Amherd, Karin Keller-Sutter und der amtierenden Simonetta Sommaruga sitzen künftig wieder drei Frauen in der Landesregierung.



Amherd (CVP) ist die achte Frau im Bundesrat, Keller-Sutter (FDP) die neunte. Die erste Bundesrätin war Elisabeth Kopp, sie musste 1989 wegen eines Skandals zurücktreten. Keller-Sutter scheint entschlossen, mit diesem Trauma abzuschliessen. Das Parlament beende ein dornenvolles Kapitel, sagte sie in ihrer Erklärung zur Annahme der Wahl. "Ich glaube, dass wir damit wieder zur Normalität übergehen können."

Die Wahl verlief tatsächlich so, als wäre die Wahl zweier Frauen in die Landesregierung das Normalste der Welt. Amherd und Keller-Sutter waren im jeweils ersten Wahlgang mit einem glanzvollen Resultat gewählt worden. Sprengkandidaturen und Winkelzüge blieben aus. Keine Fraktion hatte die offiziellen Kandidaturen in Frage gestellt, die geltende Zauberformel blieb unangefochten. Gemessen an seiner Bedeutung verlief der Wahltag bemerkenswert unaufgeregt.

### **Sicherer Wert**

Die Ausmarchung um die Nachfolge von CVP-Bundesrätin Doris Leuthard hatte immerhin noch etwas Spannung versprochen. Mit der 56-jährigen Walliserin Viola Amherd hatte die CVP-Fraktion eine erfahrene Nationalrätin nominiert. Gleichzeitig hob sie die bis dahin auf dem nationalen Politparkett kaum bekannte Urner Justizdirektorin Heidi Z'graggen auf den Schild.

Die beiden Kandidatinnen lieferten sich einen Wahlkampf auf Augenhöhe. Die SVP stellte sich mehrheitlich hinter Z'graggen, die übrigen grossen Fraktionen beschliessen Stimmfreigabe. Am Ende war das Resultat aber eindeutig: Bei einem absoluten Mehr von 121 Stimmen kam Amherd auf Anhieb auf 148, Z'graggen machte 60 Stimmen. Die Bundesversammlung hatte sich für den sicheren Wert entschieden.

Weniger überraschend war die klare Wahl von Keller-Sutter. Kaum hatte Johann Schneider-Amann seinen Rücktritt erklärt, schien die 54-Jährige St. Gallerin so gut wie gewählt. Der Schaffhauser Herausforderer Christian Amsler blieb schon bei der Nomination auf der Strecke. Konkurrent Hans Wicki unterlag im ersten Wahlgang mit 154 Stimmen zu 56 Stimmen.

### **Alles passte**

Gegen Keller-Sutter hatte der Nidwaldner Ständerat kein Rezept. Diese punktete mit der passenden Herkunft, dem richtigen Geschlecht und dem nötigen politischen Rucksack. Als sie 2010 zusammen mit Schneider-Amann für den Bundesrat kandidierte, war die damalige St. Galler Justizdirektorin wegen ihrer Asylpolitik für die Linke unwählbar. Inzwischen hat Keller-Sutter ihr politisches Profil so weit geglättet, dass sich die SP entschieden hinter sie stellte.

Nach der Wahl zeigte sich die frisch gekürte Bundesrätin überwältigt. Es sei ein Moment, "der einem nicht real vorkommt", sagte die sonst eher nüchtern auftretende Politikerin. "Es ist alles unwirklich, diese Anspannung über Wochen, und plötzlich ist es jetzt so weit." Das habe sie sehr bewegt.

Auch Amherd bekundete, dass sie "sehr glücklich" sei. Nach dem ereignisreichen Wahltag wolle sie einen ruhigen Abend verbringen. "Aber ich denke, ein Apéro ist schon noch drin", sagte die Walliserin zur Erheiterung der Bundeshausmedien.

Auch sonst war es ein Wahltag voller Emotionen. Doris Leuthard kämpfte mit den Tränen, als sie bei ihrer Abschiedsrede ihrem Ehemann dankte. Schneider-Amann sorgte für Heiterkeit im Saal mit dem Bekenntnis, dass das Rednerpult nicht sein liebstes Möbelstück sei.



### **Mitreissender Maurer**

Unerwartet war jedoch der Überschwang, mit dem Ueli Maurer der Bundesversammlung für die Wahl zum Bundespräsidenten 2019 dankte. "Es wäre schön, wenn wir gemeinsam in diesem Jahr etwas Spass und Vergnügen ausstrahlen würden", sagte Maurer. "Ich freue mich auf dieses Jahr."

Sein Enthusiasmus war so mitreissend, dass er dafür frenetischen Applaus und sogar Bravo-Rufe erntete. Die eigentliche Anerkennung war aber das Wahlresultat. Maurer, bei seiner Wahl in den Bundesrat 2008 noch ganz der kantige Ex-SVP-Präsident, kam auf 201 von 209 gültigen Stimmen. Das ist das beste Resultat seit 30 Jahren. Vizepräsidentin ist 2019 Simonetta Sommaruga.

### **Offene Grenzen – hoch gesicherte Weihnachtsmärkte**

Eigentlich ist ja schon paradox... Auf der einen Seite haben wir offene Grenzen (d.h. es finden an unseren Grenzen keine systematischen Personenkontrollen mehr statt), auf der anderen Seite müssen wir unsere Weihnachtsmärkte mit Betonelementen schützen. Schuld daran sind Terroristen, die in anderen Ländern dutzende Menschenleben auf dem Gewissen haben. Fazit: Unsere Behörden haben absolut keine Ahnung mehr, ob sich potentielle Terroristen im Land befinden.

Beispiel: Bei dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche steuerte ein islamistischer Terrorist am 19. Dezember 2016 gegen 20 Uhr einen Sattelzug in eine Menschenmenge auf dem Weihnachtsmarkt an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, der auf dem Breitscheidplatz im Berliner Ortsteil Charlottenburg stattfand.

Das folgende Bild habe ich am Abend der Bunderatswahl aufgenommen. Es zeigt ein in Geschenkpapier verpacktes Betonelement.





### **UNO-Migrationspakt**

Der Nationalrat hat sich am Donnerstag mit parlamentarischen Vorstössen zum Uno-Migrationspakt befasst. Darüber entscheiden wird er aus Zeitgründen erst kommenden Dienstag. Die Meinungen sind aber gemacht. Der Uno-Migrationspakt wird nächste Woche an einer Konferenz in Marrakesch formell verabschiedet. Die Schweiz nimmt daran nicht teil, denn der Bundesrat hat beschlossen, den Ausgang der Debatten im Parlament abzuwarten. Der Ständerat hat sich vergangene Woche mit dem Thema befasst. Er fordert, dass nicht der Bundesrat, sondern das Parlament über die Zustimmung der Schweiz entscheidet. Dieser Ausgang zeichnet sich auch im Nationalrat ab. So könne sich das Parlament vertieft mit dem Migrationspakt zu beschäftigen, lautete der Tenor.

### **Bundeshaushalt**

Der Nationalrat hält an Kürzungen im Bundesbudget 2019 fest, etwa bei der Finanzkontrolle, dem Bundesamt für Gesundheit und bei den Mitteln für die Sozialhilfe für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge, allerdings mit zum Teil knappen Mehrheiten. Hingegen kommt der Nationalrat dem Ständerat bei den strittigen Forschungsausgaben fast überall entgegen. Nur über die Position von rund 3,05 Millionen Franken zu Gunsten von Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung sind sich die Kammern noch nicht einig. Nun ist wieder der Ständerat am Zug.

Bern, im Dezember 2018

David Zuberbühler